Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2664

13. 07. 88

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Wollny, Brauer und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/2588 —

Schwelbrennanlage Hildesheim

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat mit Schreiben vom 11. Juli 1988 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Besteht die Absicht, die Schwelbrennanlage der KWU finanziell zu fördern?
   Wenn ja, in welcher Höhe?

Der Bundesregierung liegt zur Zeit kein konkreter prüffähiger Antrag auf Förderung der Schwelbrennanlage der KWU vor. Eine Entscheidung auf Förderung des BMFT kann erst nach Prüfung eines entsprechenden Antrages erfolgen.

2. Wenn das BMFT Kosten übernimmt, welche Folgen hat das für die Finanzierung der Anlage durch einzelne Gemeinden, falls diese sich für eine solche entschließen?

Sollten sich Kommunen für die Errichtung einer Schwelbrennanlage entschließen, so kann das BMFT grundsätzlich nur die Kostenanteile anteilig übernehmen, die zur Entwicklung und Erprobung neuer Techniken erforderlich sind.

3. Welchen Sinn hat die Errichtung einer Hochtemperaturverbrennungsanlage im Anschluß an das Schwelbrennverfahren?

Die Hochtemperaturverbrennung hinter der Schweltrommel soll eine vollständige Zerstörung organischer Verbindungen gewährleisten und zu verglasten, ggf. wiederverwertbaren Reststoffen führen.

4. Welchen Sinn hat das Schwelbrennverfahren vor der Hochtemperaturverbrennung?

Die Schwelstufe des Verfahrens soll einen homogenisierten Reststoff für die Hochtemperaturstufe liefern. Dieses Verfahrensprinzip soll nach den Erwartungen der KWU Vorteile in der Schadstoffbilanz bieten.

5. Inwieweit gehen die Erkenntnisse, daß ein Pyrolyseverfahren technisch – wie in Salzgitter – nicht durchführbar ist, in die Planung der KWU ein?

Der Bundesregierung liegen zur Zeit keine Erkenntnisse darüber vor, daß die Pyrolysesysteme „Salzgitter" und „KWU" nicht durchführbar seien. Da es sich bei der Salzgitterpyrolyse um ein Verfahren zur Entsorgung von Sonderabfällen und beim KWU-Konzept zur Entsorgung von Hausmüll handelt, sind die Anlagen nur mit Einschränkungen zu vergleichen.

6. Inwieweit ist die Bundesregierung an dem KWU-Projekt beteiligt?

Beantwortung in Antwort zu Frage 1 enthalten.

7. Aus welchem Grunde beteiligt sich die Bundesregierung am KWU-Projekt unter der Erkenntnis, daß das Pyrolyseverfahren in Salzgitter gescheitert ist?

Beantwortung in Antwort zu Frage 5 enthalten.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333